

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 16 (1975)  
**Heft:** 13

**Artikel:** Der Einheitspluralismus : das Mehrparteiensystem in Portugal und Osteuropa  
**Autor:** Szirka, Janos  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1095005>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Das Mehrparteiensystem in Portugal und Osteuropa

# Der Einheitspluralismus

Janos Szikra zum keineswegs spezifischen «portugiesischen Weg»

In westeuropäischen Hauptstädten und vor westlichen Gremien, einschliesslich der Nato, haben portugiesische Führer versichert, dass Portugal auf seinem Wege zur Demokratie durchaus ein Mehrparteiensystem befürworte. Man kann die Frage offenlassen, ob sie das aufrichtig meinen oder nicht; darauf kommt es seltsamerweise nicht einmal so an. Weil es nämlich durchaus eindeutig ist, was sie unter «Mehrparteiensystem» verstehen, selbst wenn sie aufrichtig dafür sind. Und darauf kommt es an. Denn es handelt sich um jenen Parteienpluralismus, den es auch in Osteuropa gibt, im formellen aber praktisch belanglosen Unterschied zum sowjetischen Einparteiensystem. Für einen echten Pluralismus stellt sich nicht die Frage, ob mehrere Parteien zugelassen sind, sondern ob politische Alternativkräfte zugelassen sind. In Portugal sind sie es nicht. Das ist für Westeuropa nicht länger eine Sache von «Vertrauen» oder «Misstrauen», wie es bei uns noch immer demokratische Kräfte als fromme Alternative formulieren, sondern ein Gebot der Kenntnisnahme.

## Novemberwahlen 1917 – wer weiss davon?

Ende 1917 kam es in Russland, drei Wochen nach der bolschewistischen Machtübernahme, noch zu Wahlen in die Konstituierende Versammlung. Trotzdem Lenins Partei schon zahlreiche Wahlrechtsbeschränkungen durchgesetzt hatte und ihre Anhänger einen ausgesprochenen Wahlterror ausübten, verlor sie die Wahlen überaus deutlich. Lenins Erklärung hierzu war bemerkenswert:

*«Im November 1917, bei den Wahlen zur Konstituierenden Versammlung, stimmten 9 von 36 Millionen Wählern für die Bolschewiken. Tatsächlich stellte sich jedoch die Mehrheit der Wähler hinter die Bolschewiken, zwar nicht bei der Stimmabgabe, wohl aber im Kampf.»* (Vgl. Vollständige Sammlung seiner Werke, Bd. 45, S. 174, russisch.)

Die Geschichte hat «vergessen», mit welcher ausgesprochenen Wählermissachtung selbst nach der siegreichen «Oktoberrevolution» (die in Wirklichkeit ein Putsch war) die Bolschewiken in Anspruch nahmen, das Volk zu vertreten. Und die zeitgenössische Geschichtsschreibung will grossenteils die durchaus gleiche Anmassung nicht zur Kenntnis nehmen, welche die portugiesische KP und die kommunistische Militärjunta seit den portugiesischen Wahlen offen an den Tag legen.

## Wählerverspottung heute

Wir haben schon gesehen (ZB Nr. 10/75, S. 11, «Das Dokument»), mit welcher Ruhe Cunhal ausgesagt hat, die Revolution brauche sich um den Ausgang von Wahlen nicht zu kümmern. Sie tut es in der Tat nicht.

In einem Interview für die Moskauer «Prawda»

(14. 5. 1974, S. 5) hat Cunhal die Wahlen weiter mit dem Demokratieverständnis kommentiert, das für die Kommunisten massgeblich ist:

*«Um die Bedeutung der Wahlen zu begreifen, muss man im Auge behalten, dass es in Portugal noch kein demokratisches Regime gibt. Wir erleben die Zeit eines revolutionären Prozesses, den Werdegang des demokratischen Regimes. Die reaktionäre Propaganda im Ausland, welche die neue portugiesische Demokratie verleumdete, hat sie plötzlich zu loben begonnen, weil sie der falschen Auffassung ist, dass die Wahlresultate den revolutionären Prozess in Frage stellen könnten, den demokratischen Prozess umzukehren vermöchten. Dies wird aber nicht geschehen. Die Wahlen bilden zwar einen Bestandteil des revolutionären Prozesses, aber sie sind kein entscheidender Faktor.»*

*Was die Resultate der Stimmabgabe selbst angeht, so spiegeln sie die komplizierte und widersprüchliche Situation in Portugal wider, die Erfolge und die Schwierigkeiten des revolutionären Prozesses (...).*

*Die Feinde der portugiesischen Demokratie und der PKP haben nach den Wahlen die Siegesfahrten zu früh geschwenkt. Nicht anders als vor den Wahlen ist auch heute die Teilnahme der Kommunisten am revolutionären Prozess auf allen Ebenen, die provisorische Regierung inbegriffen, eine unabdingbare Notwendigkeit. Sie garantiert die Verteidigung der Freiheit und den Aufbau der neuen portugiesischen Gesellschaft, die zum Sozialismus vorwärts marschiert.»*

## Demokratie unter der Bedingung, dass sie nicht funktioniert

Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, dass Revolutionsrat und PKP dem Begriff der «Demokratie» bereits heute ausschliesslich eine marxistisch-leninistische Interpretation geben, auch wenn sie schon aus taktischen Gründen natürlich nichts dagegen haben, wenn sich namentlich die gutmeinenden westeuropäischen Kreise in dieser Hinsicht noch Illusionen hingeben. Wenn Cunhal immer und immer wieder betont, es gebe in Portugal «noch» keine Demokratie, so meint er: keine Einheitsdemokratie kommunistischen Zuschnitts, mit andern Worten noch keine kommunistische Diktatur.

Revolutionsrat und PKP wollen von einer bürgerlichen, das heisst pluralistischen Demokratie schon heute in aller Eindeutigkeit nichts wissen. Diese ist ja auch laut Auffassung des Marxismus-Leninismus bloss eine Demokratie für die Minderheit und eine Diktatur für die Mehrheit. Die echte Demokratie ist nach ihrem ideologischen Selbstverständnis die Diktatur des Proletariats, und dieses wiederum ist durch die KP («Avantgarde des Proletariats») vertreten, unabhängig davon übrigens, ob die Mehrheit der Werktätigen das selber schon versteht oder nicht. Und «Volksdemokratie» ist dementsprechend Demokratie für das klassenmässige verstandene



Ordnungsruf an Laokoon und seine Söhne:

*«So Leute, jetzt reicht es aber mit dem Provokieren! Wollt ihr endlich die Schlange in Ruhe lassen?!»*

Diese Karikatur ist nicht auf die portugiesische Behandlung von «Provokateuren» gemünzt. Sie war der Auflösung einer antisowjetischen Kundgebung Ende März 1969 in Prag gewidmet und erschien als eine der letzten freien Äusserungen von «Dikobraz» (Prag) im April jenes Jahres. Aber sie passt sogar ganz genau auf das heutige Portugal. Und sie weist die Identität der Verhältnisse nach.



Und was man gerne vergisst: Die kommunistische Freiheit bedeutet nicht einmal Freiheit für Kommunisten, sondern nur die Freiheit, der massgeblichen Parteilinie zuzustimmen. Auch das zeigt sich schon in Portugal, wo man die kommunistische «Bewegung zur Erneuerung der Partei des Proletariats» (MRPP) erst von den Wahlen ausschloss und dann durch Verhaftungen dezimierte. Warum? Dieser MRPP-Aushang (Lissabon, 18. 5. 1975) macht es klar: «Tod der CIA und dem KGB! Tod dem Faschismus und dem Sozialfaschismus!» Solche Anfechtung durch die Konkurrenz lassen sich natürlich die Herrschenden nicht gefallen, und somit beginnt die Kommunistenverfolgung, die — keineswegs paradoxerweise — ein Wahrzeichen eines jeden kommunistisch regierten Landes ist.

Volk und Diktatur für alle Schichten des «Nichtvolks», auch wenn es — wie in Portugal — sechs Siebentel der Wähler umfasst. Ueberdies ist die «sozialistische Demokratie» eine «parteiliche» Demokratie, das heisst der Führung und Kontrolle der Partei unterstellt. Damit haben Feinde der Partei auch keinen Anspruch auf Demokratie, sondern auf Diktatur.

Zum eindeutigen Kriterium dafür, was unter Demokratie *nicht* gemeint ist, wird die Betrachtung und Behandlung möglicher politischer Opposition als Verbrechen. Seit den Wahlen hat Cunhal diesen Vorwurf sogar an die Adresse der Sozialisten erhoben, welche die Mehrheit gewonnen haben.

Die Politische Kommission des PKP-Zentralkomitees hat der PSP bescheinigt, sie handle als Opposition und nicht als Partei der Regierungskoalition. Sie schliesse sich mit den pseudorevolutionären Gruppierungen ebenso wie mit den konservativen Kräften des Landes zusammen

und kämpfe gegen die Kommunisten. «Die Handlungen der PSP stehen im Einklang mit den konterrevolutionären Provokationen und Streikaufrufen. (...) Wenn die PSP das System der Regierungskoalition mit eigenen Händen zerlegt, so verliert die Existenz einer Konstituierenden Versammlung ihren Sinn.» («Prawda», 24. 5. 1975)

Cunhal bezeichnet es zwar als «wünschenswert», dass die PSP an der Regierungskoalition (im Sinne der MFA-Vorschriften und der KP-Vorstellungen) teilnimmt, betrachtet es aber andererseits als selbstverständlich, dass sonst eben eine KP-Regierung (auch wenn sie nur ein Siebentel der Wähler vertritt) die «echte Demokratie» verwirklicht («Prawda», 24. 5. 1975). Dass es im Falle von Unvereinbarkeit innerhalb der Koalition am Minderheitspartner liegen würde, sich zurückziehen, kommt ihm nicht einmal in den Sinn.

### Kriterium ist die Opposition

Der Unterschied zwischen einem «sozialistischen» und «nichtsozialistischen» Mehrparteiensystem besteht in der Frage der Opposition. In einem «sozialistischen» Staat ist die Opposition verfassungswidrig und verboten, und zwar sowohl auf politischer als auch auf ideologischer und wirtschaftlicher Ebene. Dass die portugiesischen Führer diese Art von «Mehrparteiensystem» meinen, haben sie in ihren Worten und Taten klargemacht. Dieser Auffassung entspricht auch die Unterdrückung der abweichenden Meinung, wobei der Fall von «Republica» nur das annähernd letzte Glied einer Kette von Gleichschaltungsmassnahmen ist. Das in Aussicht genommene Pressegesetz soll diese Vormundschaft formell legalisieren.

Laut «Prawda» vom 4. Juni wandte sich Costa Gomes am 3. Juni mit einem Aufruf an die Abgeordneten der Konstituierenden Versammlung, eine neue Verfassung auszuarbeiten, welche die ständige Entwicklung Portugals «vorwärts» (d. h. von der bürgerlichen Demokratie weg) garantieren und der «Vereinbarung» zwischen dem Revolutionsrat und den politischen Parteien vom April 1975 eine bindende Form verleihen soll. Diese Vereinbarung war ein politisches Ultimatum des Revolutionsrates der Militärjunta gewesen; den Parteien war die Wahl gestellt, es anzunehmen oder sich auflösen zu lassen. Nun will man diese erpresste «Plattform», welche die Parteien zu blossen Konsultationsorganen degradiert, konstitutionell verankern. Gleichzeitig betonte Costa Gomes, das Mehrparteiensystem werde «auf dieser Grundlage» ebenfalls garantiert. «Diese Grundlage» aber heisst schlicht und einfach Oppositionslosigkeit.

Auch für Portugal gilt also die osteuropäische These: Das Parlament hat nicht die Befugnisse zu Grundsatzentscheidungen; seine Aufgabe besteht darin, dass es die Parteibeschlüsse «legalisiert», das heisst sie in Gesetzesform kleidet und allenfalls präzisiert. (Bednarski/Kolczynski in «Panstwo i prawo», Warschau, 17. 4. 1960)

Die portugiesische Modifikation dieses Prinzips besteht bloss darin, dass die Beschlüsse des Revolutionsrates an die Stelle der Parteibeschlüsse treten. Inhaltlich spielt das keine Rolle, solange der Revolutionsrat kommunistisch beherrscht ist. Aber verdient ein Mehrparteiensystem überhaupt diesen Namen, wenn die Parteien kein eigenes Programm und keine politische Bewegungsfreiheit haben dürfen, wenn sie im vornherein zur

Unterstützung des «Revolutionsrates» verpflichtet sind? Eines Revolutionsrates übrigens, der trotz seinem Namen eigentlich konterrevolutionär ist, weil er alle revolutionären Errungenschaften der ersten Monate nach dem 25. April 1974 stufenweise rückgängig macht und das Land, das aus der Diktatur kommt, schon wieder zur Diktatur führt.

### Das osteuropäische Modell des Mehrparteiensystems

Was also ist das «Mehrparteiensystem», das Portugal so grosszügig zulässt? Es ist nichts anderes als das «sozialistische Mehrparteiensystem», das in Polen, in der Tschechoslowakei, in der DDR, in Bulgarien, in Nordkorea und Nordvietnam besteht, das auch in China bis Ende Januar 1975 bestand. Die nichtkommunistischen Parteien sind an das kommunistische Programm gebunden; ihre einzige Aufgabe besteht in ihrer Hilfe zu seiner Verwirklichung. Tun sie das nicht, löst man sie auf (wie in Ungarn).

Einer der angesehensten Politologen der Sowjetunion, B. N. Topornin, hat dieses «Mehrparteiensystem ohne Opposition» wie folgt charakterisiert:

*«Das sozialistische Mehrparteiensystem ist ein Mechanismus der Zusammenarbeit von sozialistischen und demokratischen, gesellschaftlichen und politischen Organisationen, welche die führende Rolle der KP anerkennen und der Sache des sozialistischen Aufbaus dienen.»*

(B. N. Topornin: «Sozialismus und Mehrparteiensystem» — russisch — in «Sowjetskoje gosudarstwo i krawo», Moskau, Nr. 5/1971, S. 111 bis 112)

Und Topornin fügt in voller Würdigung der Tatsachen hinzu:

*«Der politische Konkurrenzkampf ist im Sozialismus ausgeschlossen.»*

### Transmissionsriemen und ihre Begründung

In diesem System werden die nichtkommunistischen Parteien als Transmissionsriemen der KP zu den Massen verstanden (für Portugal wenigstens einstweilen Transmissionsriemen des Revolutionsrates; der Unterschied ist nicht von Belang).

In offizieller Darstellung wird das damit begründet, dass die herrschende KP selbst nicht imstande sei, alle Schichten der Bevölkerung direkt zu erreichen. Dazu benötigt sie eben die sogenannten Transmissionsriemen. Das können, wie in der Sowjetunion, ausschliesslich gesellschaftliche Organisationen (Gewerkschaften, Jugendverband usw.) sein oder, wie in Osteuropa, zudem noch die zugelassenen «Parteien». Wobei es ein Delikt ist, aus ihnen politische Alternativen zu machen zu wollen.

Janos Kadar, von manchen Zeitgenossen als der liberalste KP-Chef des Sowjetlagers betrachtet, hat 1963 im Zusammenhang mit dem «sozialistischen Mehrparteiensystem» gesagt («Nepszabadsag», Budapest, 30. 1. 1963):

*«Nach Niederwerfung der Konterrevolution wäre es möglich gewesen, das Mehrparteiensystem einzuführen. Dazu ist es jedoch nicht gekommen, weil sich die wieder gebildeten Parteien den Kommunisten widersetzen. Aus diesem*  
(Fortsetzung auf Seite 4)

In Portugal zahlt heute die nicht-kommunistische Linke dafür, dass sie ihre demokratischen Partner um der «revolutionären Einheit» willen vorher hat fallen lassen.

## Opfer in Unschuld?

Unser Korrespondentenbericht enthält eine deutliche Abrechnung über das Partnerverhalten der portugiesischen Sozialisten bis zu dem Zeitpunkt, da sie selber Objekt des kommunistischen Partnerverhaltens wurden. Ist das — nachdem sie sich spät genug dem KP-Monopolanspruch widersetzen — denn wirklich nötig? Ja, es ist nötig. Nicht deshalb, um mit einem «selber schuld, da habt ihr es!» über die letzte Alternativkraft zur totalitären Diktatur auch noch herzufallen. Wohl aber deshalb, um das unausweichliche Resultat eines Verhaltens aufzuzeigen, das auch in unserm Gefilden von steigender Aktualität ist. Wer den Schulterchluss der Linken gegen die (demokratische) Rechte predigt, sabotiert heute ganz direkt den Schulterchluss der demokratischen Kräfte gegen die Diktatur, und das ist ein Schulterchluss, der für unsern Kontinent bereits die letzte Rettungsmöglichkeit bedeutet — falls sie noch drin liegt. *cb*

Im Detail steckt der Teufel, heisst es. Und es war eine winzige Einzelheit, die eigentlich hätte aufgehoben lassen müssen: Portugal wird nicht, wie bisher vorgesehen war, im Oktober oder November dieses Jahres sein Parlament wählen können, sondern frühestens nächstes Frühjahr, sofern bis dann «demokratische Verhältnisse» geschaffen worden sind.

## Der Einheitspluralismus

(Fortsetzung von Seite 3)

Grunde haben wir uns entschlossen, das Einparteiensystem beizubehalten.»

Wiederum: Was ist das für ein Mehrparteiensystem, wo eine einzige Partei nach ihrem eigenen Gutdünken über die Existenzberechtigung der Partner entscheiden kann?

Diese Hierarchie wird schliesslich von den kommunistischen Apologeten keineswegs geleugnet, sondern vielmehr gepriesen. So schreibt der sowjetische Philosoph Stepanow («Iswestija», Moskau, 11. 5. 1968):

«Die kommunistischen und Arbeiterparteien sind von der Geschichte berufen, in den sozialistischen Staaten die Führung zu übernehmen. Als führende Parteien können sie niemals auf ihre Führungsrolle verzichten, ohne gleichzeitig die Ideen des Marxismus-Leninismus zu verraten. (...) Die Schwächung dieser Führungsrolle (...) wäre ein Zugeständnis auf Kosten der Klassenposition des Sozialismus. Sie würde bedeuten,

Es war, wie gesagt, eine Nebenbemerkung. Sie fiel am 2. Juni in einem erläuternden Bericht der Emissora Nacional Portugal zur Einsetzung der Verfassungsgebenden Versammlung. Nachdem der Sprecher diese demokratische Errungenschaft des portugiesischen Volkes dargelegt hatte, ohne aber auf die beschränkten Möglichkeiten dieser Volksversammlung hinzuweisen, fügte er rasch bei, im übrigen könne Aeusserungen von Ministerpräsident Vasco Gonçalves entnommen werden, dass die Legislative nicht dieses Jahr gewählt werde.

### Der Nato die «junge Demokratie erläutern»

Vasco Gonçalves, der sich dieser Tage zusammen mit Saraivo Otelo de Carvalho, dem Kommandanten der militärischen Schocktruppe COPCON (Kontinentales operatives Kommando), vom Brigadegeneral zum General befördert hat, war eben aus Brüssel zurückgekehrt, wo er den Partnern der Atlantischen Allianz (Nato) den Weg der «jungen portugiesischen Demokratie erläutern» hatte.

In Portugal wird nicht mehr in pluralistischem Sinne demokratisiert, sondern «sozialisiert und dynamisiert». «Sozialismus» werde angestrebt, wie die Militär-Marxisten der «Bewegung der Streitkräfte» (MFA) nicht müde werden zu erklären, im Sinne der «Transformation». Auch Alvaro Cunhal, offizieller Generalsekretär der portugiesischen Kommunistischen Partei (PCP), definiert «Sozialismus» als «Transformation», ohne aber — genau wie die Militärs — diese «Umwandlung» näher zu bestimmen, nämlich, dass darunter letztlich der Uebergang zum Kommunismus gemeint ist, die Herrschaft der marxistisch-leninistischen Partei über das Volk im Namen des Volkes. Oder, wie es Alvaro Cunhal letztthin deutlich sagte: «Im marxistisch-leninistischen Sinne wollen wir zur Diktatur des Proletariats kommen.»

### Vorne «confusao» – dahinter System

Konflikte werden provoziert und künstlich am Schwelen erhalten. Die so erzeugte «confusao» (Verwirrung) führt zwangsläufig zu einer Span-

nung, die fast schon körperlich spürbar sein kann und eine fürchterliche Entladung erwarten und befürchten lässt. Dieses bezweckte Durcheinander trübt aber den Blick, soll ihn trüben und ablenken von den gewichtigen Ereignissen hinter den Kulissen. Und diese Geschehnisse sind massgebend für den Kurs, der, ungeachtet der nach aussen hin sichtbaren Zickzacklinie, bisher stets gradlinig verlaufen ist:

Punkt für Punkt ist, beginnend mit der Ausschaltung der ersten provisorischen Regierung unter Professor Palma Carlos vor einem Jahr, das von den Kommunisten an ihrem (noch illegalen) 6. Kongress 1965 festgelegte Programm erfüllt worden.

### Als der Fall «Republica» begann, war die Meinungsfreiheit schon längst abgewürgt

Jüngstes Beispiel einer «confusao» bildet der «Fall» der sozialistischen Tageszeitung «Republica», das heisst die Besetzung der Redaktionsräumlichkeiten durch zwölf kommunistische Drucker, die vorübergehende Gefangensetzung von Herausgeber und Redaktoren sowie die anschliessende von den Militärs verfügte Schliessung der Zeitung. Mehr als einen Monat lang blieb die sozialistische Stimme stumm. Heftig und eifrig wehrten sich die Sozialisten von Mario Soares gegen die Unterdrückung der Meinungsfreiheit, und zwar zu einem Zeitpunkt, da die Freiheit der Meinungsäusserung bereits längstens abgewürgt worden war.

Oder ist von den Sozialisten der Protestrücktritt von sechs sozialistischen Redaktoren der Tageschau des Fernsehens im vergangenen Dezember nicht zur Kenntnis genommen worden?

Sie hatten es vorgezogen, ihr Amt niederzulegen, als sich noch «länger einer Zensur, ärger als zu Zeiten der faschistischen Diktatur, unterziehen zu müssen und es mitanzusehen, dass das Fernsehen in den Dienst nur einer Partei gestellt worden ist».

In die damals auf diese Art freigewordenen Stellen rückten Mitarbeiter des ehemaligen Senders «Radio Freies Portugal» nach, der seinen Sitz in der rumänischen Hauptstadt Bukarest hatte.

(Das Putsch-Theater vom 11. März wurde vom ersten Augenblick an vom portugiesischen Fernsehen übertragen. Als Chefreporter über die Niederschlagung der «Konterrevolution» berichtete Adelino Gomes, der nach dem Umsturz vom 25. April vergangenen Jahres beim Radio Club Portugues als Repräsentant der kommunistischen Mitarbeiter aufgetreten war.)

Doch während im westlichen Europa bewundernd der von Mario Soares zu spät entwickelte Eifer zur Rettung der — längstens im Keime ersticken — portugiesischen Demokratie registriert wurde, wurde hinter den Kulissen einmal mehr munter verhaftet: potentielle Gegner verschwanden in den Zellen des überfüllten «Polit»-Gefängnisses Caxias bei Lissabon.

Auf diese Art entledigten sich die Militär-Marxisten und die Kommunisten unter anderem der maoistischen Linksüberholer von der Bewegung zur Erneuerung der Partei des Proletariats (MRPP); nach dem 11. März war diese Bewegung, die zunehmenden Anhang in den Reihen der jungen portugiesischen Soldaten verzeichnete, von den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung ausgeschlossen worden. Dass bei dieser von COPCON-Chef Otelo de Carvalho verfügten Nacht-und-Nebel-Aktion auch gleich

dass die Partei zum bürgerlichen Liberalismus abrutscht, was wiederum nur der imperialistischen Weltreaktion nützen könnte. Die kontinuierliche Festigung der Führungsrolle der KP ist eine der wichtigsten sozialen Gesetzmässigkeiten.»

Zur gleichen Zeit antwortete ein anderer Politologe und Philosoph, L. Onikow, offenbar auf die Forderungen, die damals von progressiven Schriftstellern, wie Vaclav Havel in der Tschechoslowakei, erhoben wurden. Onikow führte aus:

«Die von manchen Leuten erhobene Forderung nach einer Einschränkung der politischen Rolle der KP und nach Zulassung oppositioneller Parteien in den sozialistischen Staaten muss als Feindschaft zum Sozialismus bezeichnet werden; sie gefährdet die Errungenschaften des Sozialismus.»

Die portugiesischen Machthaber beweisen Schritt für Schritt, dass sie diese Feindschaft zum Sozialismus, die in Anfechtung des kommunistischen Monopols besteht, restlos auszumerzen gesonnen sind. ■